

Protokoll

Sitzung Nr. 3
 Datum **Mittwoch, 30. April 2014**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 21.35 Uhr

Vorsitz	Thomann Lemann Johanna	FDP 1
1. Vizepräsidentin	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
StimmzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Jost Klaus	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Gerber Rudolf Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 6
	Aebi-Lehmann Elisabeth Bähler Peter Baumann Hans Peter Bucheli Marco Burren Markus Guggisberg Roland Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne Tschumi Samuel	SVP 9
	Hadorn Karin Hadorn Markus Köchli Martin Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 4
	Bacher Markus Buser Heinz George Ralph Lötscher Markus Remund Marcel	FDP 5
	Ackermann Thomas Mellert Denise	CVP 2
	Zingg-Kambli Annemarie	EVP 1
	Greber-Borel Anne-Lise Kofel Peter Lastric Dubravka	

	Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 5
	Oesch Toni	FdU 1
		37
Abwesend	Kistler Fides Bolliger Stephan Stucki Roland	SP 1 SVP 1 EVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Traber Peter Westphale Edi	
Abwesend	Jörg Kurt	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	9	
Anzahl Medien	2	

Geschäfte

17	Pro Protokoll Protokoll vom 26. Februar 2014	33
18	25.321. Verpflichtungskredite Neuer Standort für die Gemeindebibliothek, Verpflichtungskredit.....	33
19	34.12.6 Energievision Zentrum Wärmeverbund Nord, Anschluss der Schulanlagen im Zentrum; Abrechnung Verpflichtungskredit	38
20	25.321. Verpflichtungskredite Buslinie 41 Kappelisacker – Zollikofen, Versuchsbetrieb; Verpflichtungskredit.....	39
21	1.12.5 Bestattungs- und Friedhofreglement, Bestattungs- und Friedhofreglement; Änderung	48
22	1.92.2 Postulate Postulat Toni Oesch betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-, Postauto- und Busbenützer"; Erheblicherklärung	49
23	1.92.3 Interpellationen Interpellation Petra Spichiger und Mitunterzeichnende betreffend "Umsetzung von Postulaten aus dem Jugendparlament JUPA"; Antwort	52
24	1.92.3 Interpellationen Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"	53
25	1.92.3 Interpellationen	

	Interpellation Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend "Laufende Mehrbelastungen für die Gemeinde wegen Zusatzaufgaben/Entscheidkompetenz GR"	54
26	1.92.4 Einfache Anfragen	
	Einfache Anfrage Hans Peter Baumann "Wärmeverbund Nord: Holz aus dem Umkreis von 20 km"	54
27	1.92.4 Einfache Anfragen	
	Einfache Anfrage Bruno Mosimann "Schmierereien an der Wärmeverbundzentrale Nord, Kirchlindachstrasse 71 in Zollikofen"	55

GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsidentin: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur April-Sitzung des Grossen Gemeinderates. An dieser Stelle begrüsse ich ebenfalls ganz herzlich Roland Guggisberg und Samuel Tschumi, Roland Guggisberg nimmt den Platz von Bettina Ritter bei der SVP ein, Samuel Tschumi tritt die Nachfolge von Michael Hofstetter, ebenfalls SVP, an. Ich wünsche Ihnen gute Erfahrungen hier im Grossen Gemeinderat und danke Ihnen für das Mitmachen. An dieser Stelle lese ich das Demissionsschreiben von Michael Hofstetter vom 17. März vor: *"Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin seit Mai 2012 Mitglied des Grossen Gemeinderates der Einwohnergemeinde Zollikofen. Aus beruflichen und privaten Gründen erkläre ich hiermit per Ende März 2014 meinen Rücktritt als Mitglied des Grossen Gemeinderates. Besten Dank für Ihr Verständnis, mit freundlichen Grüessen, Michael Hofstetter."* Dank auch an Michael Hofstetter für seine fast zweijährige Tätigkeit im GGR.

Auf Euren Pulten findet ihr den Verwaltungsbericht 2013, die Jahresrechnung und bereits eine Einladung zur Sitzung vom 21. Mai. Die Traktandenliste erhalten Sie aber nochmals neu, das was für heute vorbereitet wurde, ist bereits "Schnee von gestern". Zudem liegt der aktualisierte Sitzungsspiegel und die "Taschenstatistik der Schweiz 2014" auf.

Entschuldigt haben sich vom GGR: Fides Kistler, Stephan Bolliger, Roland Stucki und Gemeinderat Kurt Jörg.

Ich stelle fest, dass 37 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Ich habe noch weitere Infos. Der März war still, der Mai hat es in sich. Ihr habt die Einladungen zum GGR-Ausflug erhalten, heute Abend ist letzte Gelegenheit zum an- bzw. abmelden. Wer dies nicht kann, sendet die Anmeldung bitte bis Ende dieser Woche an Corinne Roll.

Gerne würde ich Sie auch an das Musical der Sekundarstufe erinnern, der Grosse Gemeinderat kann dort exklusiv teilnehmen, am 15. Mai. Wer sich noch anmelden möchte, meldet sich direkt bei der Schulleitung oder bei Corinne Roll.

Nun möchte ich Dir, Daniel Bichsel, zu Deiner Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern gratulieren. Wir wünschen Dir, dass Du alles unter einen Hut bringst, dass weder Du, noch Deine Familie noch die Gemeinde Zollikofen zu kurz kommen, wenn Du neue Aufgaben hast.

Gleichzeitig wünsche ich Dir, Hans-Jörg Rhy, dass Du Deine freie Zeit nach dem Rücktritt aus dem Grossen Rat des Kantons geniessen und so verbringen kannst, wie Du Dir das wünschst.

Aus dem hiesigen Rat haben Edi Westphale, Sabine Huber und Mirjam Veglio vom Gemeinderat kandidiert. Vom GGR waren es Marceline Stettler, Bruno Vanoni, Roland Stucki, Marc Niklaus, Fides Kistler, Markus Bacher und Markus Lötscher. Sie kamen nicht zum Zug. Ich möchte Ihnen ein Wort von Abt Werlen aus dem Büchlein "Bahngleichnis" mitgeben: "Es wäre fatal aufzugeben, wenn man ein Ziel nicht in einem Zug erreicht."

Mitteilungen der GPK

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen der GPK?

GPK: Keine Bemerkungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Ihnen zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

17 Pro Protokoll

Protokoll vom 26. Februar 2014

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Markus Dietiker, SP: Ich möchte zum Protokoll vom 29. Januar noch eine Korrektur anbringen. Auf Seite 15 in der sechsten Zeile steht 28 und 35 "Personen"; dort müsste eine Prozentzahl angefügt werden.

Hans Peter Baumann, SVP: Eine Bemerkung zum Februar-Protokoll, Seite 25, zweiter Abschnitt, 3. Zeile vor dem Komma: Dort müsste man das Wort "überschreiben" mit "überweisen" überschreiben.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 26. Februar 2014 mit bestem Dank als genehmigt.**

18 25.321. Verpflichtungskredite

Neuer Standort für die Gemeindebibliothek, Verpflichtungskredit

Präsidentin: Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum. Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Zum Bericht und Antrag hat die GPK folgende Fragen:

Zum Finanzrechtlichen: Weshalb beträgt der Faktor für die Kapitalisierung von wiederkehrenden Ausgaben „für Zollikofen“ 10?

Zu den Mietkosten: Warum steigt der Mietzins in den ersten drei Jahren an? Warum so stark (23 Prozent)? Welche Vertragsdauer hat der Mietvertrag? Auf welchen Zeitpunkt hin ist der Bezug der Räumlichkeiten im Alterszentrum geplant? Wir hätten hier gerne noch eine "Roadmap" vorgefunden. Wie ist der Übergang vom alten zum neuen Mietverhältnis vorgehen? Mit welchen finanziellen Konsequenzen?

Zu den Folgekosten gemäss 5. Stellungnahme der Finanzkommission: Weshalb stimmt die ursprüngliche Berechnung der Folgekosten durch die Finanzkommission nicht überein mit ihren Angaben im Bericht und Antrag an den GGR?

Präsidentin: Das Wort hat die Gemeinderätin.

Sabine Huber Gemeinderätin: Zu den Fragen der GPK: Der Faktor 10 ergibt sich aus den Finanzhaushaltbestimmungen der Gemeindeverfassung. Demnach liegt die Zuständigkeit für wiederkehrende Ausgaben zehn Mal tiefer als für einmalige Ausgaben, beziehungsweise wiederkehrende Ausgaben sind mit dem Faktor 10 zu multiplizieren.

Warum steigt der Mietzins in den ersten 3 Jahren an? Eigentlich ist es ein Zückerchen als Erstmietler. Der Einstiegswert ist tiefer, dann steigt es kontinuierlich an. Es ist eine Offerte. Fertig verhandelt haben wir noch nicht.

Zur Vertragsdauer Mietvertrag: Wir konnten, durften und wollten keinen Mietvertrag abschliessen, bevor wir das OK haben. Falls er dann abgeschlossen werden kann, wäre es von Vorteil, wenn man längerfristig einen Mietvertrag abschliessen und eventuell Mietzinsreduktionen herausholen könnte.

Zeitpunkt Bezug Altersheim: Ob das auf Spätherbst 2016 fertig ist, wissen wir - weiss ich nicht. Die Kündigungsfrist für die jetzige Bibliothek ist jeweils auf 30. September, 12 Monate im Voraus, dort würde man schauen, ob man zwei, drei Monate anhängen kann um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten.

Zu den Folgekosten: Die ursprüngliche Berechnung im Gemeinderatspapier, welches sie nicht haben – musste vom Finanzverwalter vor der GR-Sitzung infolge HRM2 angepasst werden. Different ist die Höhe der jährlichen Abschreibungen.

Seit einigen Jahren meldet die Leitung der Gemeindebibliothek dringenden Sanierungsbedarf an. Denn gelesen wird nach wie vor, und es ist erfreulich dass die Bibliothek im Ziegeleimärit von gut einem Drittel unserer Bevölkerung besucht wird. Doch die 27-jährige Gemeindebibliothek ist in die Jahre gekommen und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. "Wer den Ort kennt wird bestätigen, dass die Platzverhältnisse eng sind und man sich bei grösserem Besucherandrang andauernd im Wege steht. Die Bibliothek wird aber auch anders genutzt als noch vor einigen Jahren. Gefragt wären richtige und angenehme Leseecken, um in Ruhe in Büchern zu schmökern oder sich mit anderen über einen Lese-stoff auszutauschen. Die Kornhausbibliotheken werben im Moment mit folgendem Text auf Plakaten: "Wo treffe ich meine Freunde? In der Bibliothek!" Die Bibliothek als lebendiger Ort, als gemeinschaftlicher und kultureller Treffpunkt also.

Genau diesem Aspekt könnte mit der neuen Gemeindebibliothek im Alterszentrum an der Bernstrasse Rechnung getragen werden. Die Lage ist auch hier sehr zentral, der Raum ist um 147 Quadratmeter grösser als jetzt und wird wesentlich heller und freundlicher sein als am bisherigen Standort. Mit einem öffentlichen Café nahe der Bibliothek wird der neue Standort noch attraktiver und könnte sich zu einem Ort der generationenübergreifenden Begegnung entwickeln. Mit dem Bau des neuen Alterszentrums und der Möglichkeit, dort eine zeitgemässe Gemeindebibliothek einzurichten bietet sich die im wahrsten Sinne des Wortes einmalige Gelegenheit für einen Standortwechsel.

Gewiss, der beantragte Verpflichtungskredit von mehr als einer Million erscheint auf den ersten Blick erschreckend hoch – aufgrund unserer gesetzlichen Vorgaben. Nüchtern betrachtet fallen einmalig Kosten von Fr. 367'500.00 an, anstelle der im Investitionsplan vorgesehenen Fr. 200'000.00 für eine Sanierung im Ziegeleimärit. Die künftig deutlich höheren Mietkosten ergeben sich grösstenteils durch die zusätzlichen 147 Quadratmeter Fläche.

Der Gemeinderat hofft, dass Sie die Chance für einen neuen Standort beim Schopf packen. Es gilt nämlich klar "Jetzt oder Nie". Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen.

Präsidentin: Nun ist das Wort offen für die Fraktionen.

Elisabeth Aebi, SVP: Die SVP wird dem beantragten Verpfichtungskredit von insgesamt Fr. 1'115'100.00 gemäss dem Bericht und Antrag grossmehrheitlich zustimmen. Wir sind überzeugt, dass die Gemeindebibliothek am neuen Standort beim Alterszentrum eine rundum "gfröiti Sach" geben wird. Die Kosten von Fr. 1'115.100.00 bedingt durch die räumliche Vergrösserung, dem Feinausbau der Anlage und der Verbesserung des Mobiliars sind zwar kein Pappenstiel, aber durch das verbesserte Angebot aus unserer Sicht gerechtfertigt. Im weiteren möchte ich die Sätze von Frau Gemeinderätin Huber hier noch etwas "zementieren", ich habe ganz ähnliche Punkte aufgeführt. Ich staune, wenn ich lese, dass die Gemeindebibliothek von einem Drittel der Bevölkerung benutzt wird. Im letzten Jahr waren es 35'600 Besucherinnen und Besucher. Davon haben über 19'000 Personen ausgeliehen. Das ist ein schöner Erfolg.

Das Wort Bibliothek bedeutet im Altgriechischen ganz einfach "Bücherkiste" oder auch eine Schriftensammlung. Wer zuhause auch nur ein einigermaßen ahnähnliches Büchergestell pflegen muss, riecht förmlich den Staubgeruch aus der gewöhnlichen Bücherwand. So etwas ist in der alten, und erst recht nicht in der neuen Bibliothek vorzufinden. Bibliotheken sind heute eine wahre Dienstleistungseinrichtung. Sie stellen für Benutzerinnen und Benutzer den Zugang her zu Informationen, Wissen, Veröffentlichungen, Unterhaltung jeglicher Art, zu zahlreichen Themen und Gebieten wie Bildung, sowie zum anspruchsvollen Zeitvertreib. Es geht nicht nur um Bücher und Schriften: Das Angebot an verfügbaren Medien in Text, Bild und Ton ist unbegrenzt.

Ohne Zweifel wird unsere Gemeindebibliothek gut und ganz nach unseren Bedürfnissen geführt. Schon lange geht es aber auch nicht nur um das Ausleihen. Wir finden Aktionen, Veranstaltungen und Darbietungen, die ein gutes Echo finden. Ich war bereits mehrmals dabei und ging sehr zufrieden nach Hause. Für die gute Führung und den ideenreichen Betrieb danke ich den Verantwortlichen herzlich. Am neuen Standort hat es mehr Platz und es steht eine verbesserte Einrichtung zur Verfügung. Es wird noch mehr möglich sein. Die Gemeindebibliothek wird das Alterszentrum um mehrere Facetten bereichern. Ich freue mich auf das Gelingen dieses Projektes.

Trotz meines unverkennbaren Schwärmens sehe ich auch einen Mangel. Wir haben nur eine Grobkostenschätzung mit der entsprechenden Unsicherheit vorliegen. Über verschiedene Positionen, so nehme ich an, muss wohl noch verhandelt werden. Ich wünsche dem Gemeinderat das nötige Verhandlungsgeschick und bitte die Ratskolleginnen und Ratskollegen um Zustimmung, und einen regen Besuch der Gemeindebibliothek, auch jetzt schon.

Rudolf Gerber, SP: Die SP-Fraktion stimmt diesem Geschäft auch zu. Die Gemeindebibliotheken sind bildungspolitisch wichtige Einrichtungen, sie sind kulturelle Begegnungszentren, sind wichtig für die Freizeit, das Lesen, die Bildung. Auch die SP möchte den Menschen, die sich dort einsetzen, ganz herzlich danken. Bei dem Geschäft geht es ja um den Erhalt der Gemeindebibliothek und wenn man schon investiert, darum, sie zu stärken.

Hier setzt die SP-Fraktion ein kleines Fragezeichen. Wir sind nicht ganz überzeugt vom Standort. Wir haben den Eindruck, dass der heutige Standort Ziegeleimärit sehr gut ist. Nebst dem Nachteil, dass zuwenig Raum vorhanden sei. Dort hat man aber Einkaufsmöglichkeiten, man kann parkieren, einkaufen, ein Buch holen und sich erkundigen, was aktuell läuft. Das ist wichtig. Ob das am neuen Standort auch so sein wird, ob er dank der Erweiterung besser sein wird, das wissen wir nicht. Wir wissen es erst, wenn das Ganze in Betrieb ist, es gibt dafür keine Garantie.

Es wäre wichtig, dass der neue Standort dieselbe Zentrumsfunktion ausstrahlt, wie der alte. Dass es Läden hat, wenn nicht nur das Alterszentrum und die Bibliothek dort sind, sondern auch ein Café, wir hoffen, dass das zustande kommt. Sie wird nur dann Erfolg haben, wenn es auch gelingt, die bisherigen Kundinnen und Kunden in die neuen Räumlichkeiten zu bringen. Es wäre schade, wenn wir umziehen, umbauen, investieren, mehr Miete bezahlen um dann den Trend fortzusetzen, der gegenwärtig herrscht. Im Gegenteil, es muss gelingen, den Trend zu brechen um wieder mehr Nutzerinnen und Nutzer zu bekommen.

Wir wünschen uns vom Gemeinderat, dass er die weitere Entwicklung des Zentrums im Auge behält, schaut, wie der MieterInnenmix ist, und in welche Richtung sich das Ganze entwickelt. Wir wünschen uns, dass er mit der Bauherrschaft in Kontakt bleibt, und einen Einfluss geltend macht, sofern möglich. Die Verträge sind noch nicht gemacht, die SP-Fraktion fände es wichtig, wenn wir allenfalls im Vertrag eine Kündigungsmöglichkeit, dass man sich nicht bis in alle Ewigkeit verpflichtet, sondern, falls die Entwicklung nicht läuft wie gedacht sich dort der Gemeinderat einen Handlungsspielraum sichert. Bevor man beim Coop kündigt, müsste man sicher sein, dass es eine bessere Lösung ist beim Alterszentrum. Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu und unterstützt es. Wir erwarten aber vom Gemeinderat dass er sich im Rahmen der Verhandlungen Handlungsspielraum verschafft. Es ist klar, der neue Standort bietet Chancen, aber wir haben es noch nicht "im Sack".

Markus Bacher, FDP: Wir haben es gehört: Die Gemeindebibliothek ist ein "Filetstück". Sie wird gut und kompetent geführt und genutzt. Aber wenn man eine Analogie sucht: Wenn man zum Metzger geht, darf es dann immer "es bitzeli meh" sein. Es kostet etwas mehr, etwas mehr Quadratmeter, das Angebot wird etwas mehr ausgebaut, aber um das Dokument beurteilen zu können, fehlt die Betrachtung der Betriebskosten. Denn: Darf es dort dann auch "es bitzeli meh" sein? Wir denken nicht. Wir haben keine Aussage bezüglich der Auswirkungen auf die laufenden, wiederkehrenden Betriebskosten. Wir haben dann mehr, aber haben wir dann auch mehr Ertrag? Man kann auch Kosten steigern und schauen, dass es dann auch mehr Ertrag gibt. Leider finden wir hier keine Anregung oder Impulse, dass man sich überlegt, am neuen Standort mit steigenden Kosten auch auf der Ertragsseite zu optimieren, so dass sich das Ganze etwas glättet.

Die FDP wird das Geschäft annehmen und ihm zustimmen. Wir möchten mit auf den Weg geben, dass in letzter Zeit immer wieder Geschäfte kommen, bei denen es "es bitzeli meh" sein darf. Aber die Frage, wie es finanziert wird oder wie wir auf der Gegenseite zu mehr Ertrag kommen, ist nicht beantwortet. So möchten wir anregen, dem Parlament aufzuzeigen, dass wir nicht nur Kosten generieren, sondern auch als Parlament, als Gemeinde die Verantwortung übernehmen, die Erträge und die Ertragslage zu verbessern.

Ganz persönlich wünsche ich mir in diesem Zusammenhang, dass es in der neuen Bibliothek eine Ecke mit betriebswirtschaftlicher Literatur geben wird, so dass wir den Bildungsauftrag wahrnehmen und uns auch in diesem Sektor fit machen. So dass wir in Zukunft die Geschäfte objektiv nicht nur nach "Best practice" sondern nach "TCO" (*Anm. d. Protokollführerin: Total Cost of Ownership meint: Gesamtbetriebskosten*), "ROIF" (Return of Investment Factor meint: Modell zur Messung der Rendite einer unternehmerischen Tätigkeit, gemessen am Gewinn im Verhältnis zum eingesetzten Kapital). und "Revenue" (Einkünfte, Erlös, Ertrag) beurteilen können.

Marceline Stettler, GFL: "Es wäre fatal aufzugeben, wenn man das Ziel nicht in einem Zug erreicht"; dieses Sprichwort haben Sie heute abend bereits gehört. Aber es passt auch hier nicht schlecht. Wir haben dieses Geschäft bereits schon einmal fast ad acta legen müssen, weil ein grösserer Raum gefehlt hatte. Und nun gäbe es die Möglichkeit für einen grösseren Raum, so dass das Geschäft doch noch umgesetzt werden könnte. Einen Raum mit mehr Platz und modernerer Gestaltung. "Ende gut, alles gut?" Alles hat zwei Seiten. Die zweite Seite sind hier die Finanzen. Es stimmt schon, es kostet eben immer "es bitzeli meh" so sehen wir das auch. Fr. 170.00 im ersten Jahr sind wie eine Art "Startrabatt" aber die

Fr. 250'000.00 Ausbaukosten darf man nicht aus den Augen verlieren. Im zweiten und dritten Jahr steigen die Preise und ab dem vierten Jahr könnte man anfangen zu philosophieren ob es noch weiter hinauf geht oder nicht. Aber das hat Sabine Huber heute schon erklärt. Die GFL-Fraktion stimmt dem Antrag zu. Aber zwei Punkte möchten wir dem Gemeinderat ans Herz legen: Einen längerfristigen Vertrag und ein wachsames Auge. Ein scharfer Blick auf die Konditionen. Das Cellwar-Areal ist nicht nur ein Zentrum für die ältere Generation. Es ist und soll ein Zentrum für Zollikofen werden. Die Bibliothek wird das Zentrum beleben. Die le-sesfreudigen werden wichtig sein für das Zentrum. Nicht umsonst erwähnte Sabine Huber: ein "generationenübergreifender Treff" und das tönt sehr gut. Es ist bei diesem Geschäft ein Geben und ein Nehmen. Und ich möchte dem Gemeinderat ans Herz legen, für dieses "Geben und Nehmen" zu kämpfen.

Hans Jörg Rothenbühler, BDP: Ich kann mich kurz fassen, die Vorrednerinnen und Vorredner haben vieles bereits gesagt. Die BDP-Fraktion hat sich bezüglich Umbaukosten schwergetan, aber wir sehen auch den Sinn des Ganzen. Wie Sie im Antrag geschrieben haben; es ist auch ein Treffpunkt, es soll in der Nähe ein Café geben, das ist positiv. Wir werden dem Geschäft zustimmen. Eine Bitte bezüglich Mietzins pro Quadratmeter. Fr. 190.00 sind für eine Geschäftsliegenschaft gang und gäbe. Fr. 170.00 sind ein Schnäppchen, Fr. 210.00 sind sehr hoch. Es wäre schön, wenn bei den Vertragsverhandlungen bei Fr. 190.00 "eingependelt" werden könnte.

Präsidentin: Gibt es weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort haben die Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Die Gemeinderätin sowie Bericht und Antrag weisen glaubwürdig auf die sich wandelnde Bibliothekskultur und auf die geänderten Anforderungen an die Räumlichkeiten einer Bibliothek hin. Ein Drittel der Bevölkerung von Zollikofen nutzt offenbar die Bibliothek. Da erscheinen uns die einmaligen Ausgaben von nicht ganz Fr. 370'000.00 gerechtfertigt und gut eingesetzt. Zu den mehr als doppelt so hohen wiederkehrenden Ausgaben für die Mieten haben wir jedoch Bemerkungen und Fragen.

Wie bereits der Vorredner erwähnt hat: Die Nettomiete von Fr. 210.-/m² ab dem dritten Jahr scheinen uns für Zollikofen an der obersten Grenze zu liegen. Für Ausgaben von nahezu Fr. 750'000.00 Franken finden wir die Informationen zum künftigen Mietvertrag zu dürftig. Konkret haben wir folgende Fragen. Wir haben die Vorstellung, dass eine Offerte da ist, mit gewissen Konditionen, die bereits angeschaut wurden.

"Wie lange dauert die erste Mietdauer?" war eine unserer Fragen, Die gleiche Frage stellte bereits die GPK, die Gemeinderätin ist darauf eingegangen. Weiter: Wie kann der Mietzins erhöht werden? Alle Jahre aufgrund des Landesindex? Anpassung zu 100 % an den Landesindex oder nur teilweise? Ab welchem Mietjahr kann erstmals eine Erhöhung erfolgen? Wir haben gehört, dass wir zum dritten Jahr eine Zahl haben, aber was ist danach? Schlussendlich unterstützt die CVP den Antrag des Gemeinderates und wird dem Verpflichtungskredit zustimmen.

Peter Bähler, SVP: Nachdem man für die Zusammenlegung von Schul- und Gemeindebibliothek keinen Raum finden wollte und auch die Zusammenführung nicht mehrheitsfähig war, kommt nun der Ausbau der Gemeindebibliothek. Man rückt vom Motto "klein aber fein" nun direkt zu "klotzig und protzig".

Die Raumverhältnisse in der heutigen Gemeindebibliothek sind eng. Ich sehe aber in den Vorlagen keinen Ausweis, warum eine Vergrösserung nötig ist. Die Bemerkung "am Ziegeleiweg ist es eng" ist schwach. Mit diesem Argument sollten eigentlich alle Strassen in den nächsten Jahren ausgebaut werden.

Mir fehlt hier eine Prognose über die Nutzung. Brauchen die neuen Medien noch soviel Platz? Kann der grössere Raum auch für private Lesungen gemietet werden? Nur weil die Gelegenheit da ist und man jetzt "zuschlägt" und dadurch fast "genötigt" wird, den doppelten Mietzins auszugeben, finde ich das von der vorbereitenden Kommission etwas schwach. Aus diesem Grund kann ich das Geschäft persönlich nicht unterstützen, ich lehne es aber auch nicht ab.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Sabine Huber: Gemeinderätin (Schlusswort): Zu den Mietverträgen: Wir haben eine Offerte erhalten, wie sie hier vorliegt. Aber wie genau es in den Verhandlungen weitergeht, wenn Sie hier das OK gegeben haben, diese Informationen haben wir noch nicht.

Diese finden danach statt. Wir schreiben ja im Papier auch, dass das der maximal offerierte Betrag war und es ist auch nicht davon auszugehen, dass es im vierten Jahr entsprechend weiter steigt. Wenn die Mietzins-Indexe steigen, dann steigen sie überall. Aber auch hier lesen wir nicht im Kaffeesatz, wir geben Ihnen gerne Bescheid, sobald wir Genaueres wissen.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Wegen des fakultativen Referendums zählen wir aus. Wer den Verpflichtungskredit für den neuen Standort der Gemeindebibliothek im Alterszentrum von Fr. 1'115'100.00 (bestehend aus einmaligen Kosten von Fr. 367'500.00 und wiederkehrenden Mietkosten von maximal Fr. 74'760.00 pro Jahr) annehmen will, erhebe die Hand.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit für den neuen Stand der Gemeindebibliothek im Alterszentrum von Fr. 1'115'100.00 (bestehend aus einmaligen Kosten von Fr. 367'500.00 und wiederkehrenden Mietkosten von maximal Fr. 74'760.00 pro Jahr) wird unter Vorbehalt des fakultativen Referendums mit 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

19 34.12.6 Energievision Zentrum

Wärmeverbund Nord, Anschluss der Schulanlagen im Zentrum; Abrechnung Verpflichtungskredit

Präsidentin: Das Eintreten auf dieses Geschäft ist vorgegeben, die GPK hat das Wort.

Patricia Zangger, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Hans Peter Baumann, SVP: Wir haben bei bestem Willen nichts gefunden, was uns hindern könnte, die Abrechnung zur Kenntnis zu nehmen. Vor allem die Punktlandung, mit verbleibenden Fr. 1'500.00 verhindert, dass wir hier noch lange "motzen". Im Gegenteil, man muss rühmen: Für die Abrechnung, für das Management der Finanzen, welches hier gelungen ist und auch für die gute Sache, die ich als Fan solcher Heizungen gerne zur Kenntnis nehme. Ich habe eine persönliche Bemerkung. Es gibt das Sprichwort "Garbage in, Garbage out".

Als wir die Vorlage seinerzeit behandelt haben, hiess es, "Die Versorgung der Holzschnitzelheizung erfolgt grösstenteils aus Holzbeständen im Umkreis von 20 km".

- Wie hoch war dieser "20 Kilometer Umkreis Anteil" in der ersten Heizperiode?
- Ist der Betreiber (Contractor) verpflichtet, diesen Anteil der Gemeinde regelmässig zu rapportieren?

Erst wenn diese Fakten geklärt sind, ist es eine gute Sache und das wird uns sicher auch mitgeteilt werden. Wir werden die Abrechnung zur Kenntnis nehmen.

Ralph George, FDP: Auch die FDP-Fraktion ist einverstanden mit der Angelegenheit. Bemerkenswert ist die bereits erwähnte Punktlandung. Die Begründung dazu: "Es handelt sich um eine grobe Kostenschätzung eines Unternehmens"; das hat uns zum schmunzeln veranlasst.

Präsidentin: Die Ratsmitglieder haben das Wort.

Denise Mellert, CVP: Danke für die rasche Erledigung des Geschäftes. Auch wir von der CVP nehmen die „beinahe“ Punktlandung zum gewährten Kredit zur Kenntnis. Schade ist es keine Abrechnung im Vergleich zum Vergabebetrag.

Gestutzt haben wir aber schon, wieso die Asbestsanierung und der Rückbau der alten Gasleitungen nicht schon bei der Devisierungs- und Vergabephase der entsprechenden Arbeiten berücksichtigt werden konnte. Haben die Unternehmer diese allfällig anfallenden Positionen nicht in Betracht gezogen? Konnten sie keinen Augenschein vor Ort nehmen?

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Joseph Crettenand, Gemeinderat (Schlusswort): Denise Mellert hat gesagt, es gäbe keinen Vergleich zu der Vergabe. Das stimmt nicht. Sie sehen hier ein Total für die Schulanlagen bei der Vergabe von Fr. 306'186.60. Unter der Tabelle steht folgendes: "*Die Abrechnung der einzelnen Schulgebäude kann nicht analog dem GGR-Beschluss vom 25. Januar 2012 erfolgen. Zum Beispiel ist die Beschaffung der Heizungsanlagen für alle Gebäude in einem Submissionsverfahren erfolgt.*". Deswegen haben wir das zusammengezogen. Wir haben eine Summe gebildet, sowohl für die Vergabe, als auch für die Abrechnung.

Präsidentin: **In Anwendung von Artikel 53 GOGGR stelle ich fest: Die Abrechnung über den Verpflichtungskredit im Betrag von Fr. 338.530.20 (Konto 217.503.67) mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 1'469.80 wird zur Kenntnis genommen.**

20 25.321. Verpflichtungskredite

Buslinie 41 Kappelisacker – Zollikofen, Versuchsbetrieb; Verpflichtungskredit

Präsidentin: Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Markus Bacher, GPK: Zum Bericht und Antrag hat die GPK folgende Fragen: Wie hoch sind die Erträge aus dem Versuchsbetrieb und wem fließen sie zu? Wurden das Bundesamt für Informatik und Technologie (BIT) und die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) um eine finanzielle Beteiligung an den Kosten des Versuchsbetrieb angefragt?

Präsidentin: Das Wort hat der Gemeinderat.

Daniel Bichsel, Gemeinderat: Für die Aufnahme dieses dreijährigen Versuchsbetriebes der Buslinie 41 vom Kappelisacker Ittigen zum Bahnhof Zollikofen beantragen wir heute Abend einen Verpflichtungskredit von Fr. 325'000.00. Die Kosten lassen sich grob wie folgt aufteilen: Auf der einen Seite Fr. 45'000.00 für baulich-technische Massnahmen im Zusammenhang mit den Haltestellen und rund Fr. 280'000.00 Anteil Zollikofen an ungedeckte Betriebskosten aus dem Versuchsbetrieb.

Gerne hätte man den Versuchsbetrieb bereits früher, vor allem mit der gleichzeitigen Inbetriebnahme des Bundesverwaltungsgebäudes vom BIT am Eichenweg im letzten Herbst starten wollen. Wegen der knappen Kantonsfinanzen, vor allem dem ungewissen Ausgang in Bezug auf mögliche Kürzungen beim öffentlichen Verkehr, wurden beim Fahrplanwechsel Dezember 2013 von Seiten Kanton keine zusätzlichen Versuchsbetriebe ins Angebot aufgenommen, davon war nicht nur unsere Linie betroffen. Bei diesem Geschäft müssen wir berücksichtigen, dass es mehrere Beteiligte gibt, insbesondere die Gemeinden Ittigen und Zollikofen, die Regionalkonferenz, früher Regionale Verkehrskonferenz 4, der Kanton, vertreten durch das Amt für öffentlichen Verkehr und die Transportunternehmung selber.

Wir können heute Abend nicht beliebig Abänderungen vornehmen, zum Beispiel bei der Wahl der Variante Linienführung oder der Betriebszeiten. Wir sind in ein Korsett von mehreren Beteiligten eingebunden, die dies wiederum besprechen müssten. Im Vorfeld der Geschäftsberatung, auch in den vorberatenden Gremien Planungskommission und Gemeinderat, gab es immer wieder Punkte, die aufgeworfen wurden. Auch dort: wir können sie nicht einfach abändern. Wir sind mit den verschiedenen Beteiligten in einem Boot und müssen dem, was wir gerne anders hätten, von Anbeginn an ein spezielles Augenmerk widmen. So dass wir bei der Auswertung des Versuchsbetriebes und bei der gegebenenfalls definitiven Ausführung dann Korrekturen anbringen können. Das gilt insbesondere bei den Betriebszeiten, der Linienführung und den gewählten Haltestellen, bei denen wir die Frequenzen, beziehungsweise die Nutzung der Haltestellen im Versuchsbetrieb auswerten müssen.

Zu den Fragen der GPK: Beim Versuchsbetrieb wird mit jährlichen Erträgen von rund Fr. 27'000.00 gerechnet, diese verbleiben wie üblich bei den Transportunternehmungen, respektive sind bei den Netto-Aufwänden bereits in Abzug gebracht worden. Was die Beteiligungen des BIT und HAFL betrifft: diese wurden nicht gefragt. Insbesondere aus Gründen der Gleichbehandlung anderer Versuchsbetriebe Zollikofens. Und generell bezüglich fehlender Mitfinanzierung von Unternehmungen und Institutionen beim öffentlichen Verkehr im Allgemeinen. Ich bitte Sie, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen, so wie es der Gemeinderat beantragt.

Präsidentin: Nun ist das Wort offen für die Fraktionen.

Markus Hadorn, BDP: Die Verlängerung der Buslinie 41 Kappelisacker zum Bahnhof Zollikofen soll verlängert werden. Somit wird endlich auch die ganze Länggasse mit dem ÖV erschlossen. Eine sinnvolle Sache, bei der auch wir im Grundsatz "ja" dazu sagen. Einzig mit der Variante zwei, die vom Gemeinderat vorgeschlagen wird, sind wir nicht ganz einverstanden: Die Begründung, der Anschluss auf die S4 sei nicht gewährleistet und der Fussweg über die Passerelle sei grösser, können wir so nicht stehen lassen. Erstens: Die Distanz von Bushaltestelle bis Bahnhof S4 ist nahezu gleich lang wie bei der Passerelle direkt beim Gleis. Zweitens ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass man in den Spitzenzeiten von vier bis sechs auf der Bernstrasse im Stau steht und somit den Anschluss an die Bahn auch verpasst. Das können alle bezeugen, die den Bus 34 benützen. Drittens sehen wir nicht ein, wieso immer mehr Verkehr auf die Bernstrasse geleitet werden soll, sie ist eh schon total überlastet. Der Gemeinderat schreibt in der Vorlage selber, dass in den Spitzenzeiten allenfalls verkehrsbeeinflussende Massnahmen zu prüfen wären. Das heisst sicher, dass eine Ampel mehr hingestellt wird.

Aus diesen Gründen stellen wir einen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag an den Gemeinderat, das Geschäft mit der Variante C1 via Eichenweg, zu überarbeiten und neu zur Abstimmung in den GGR zu bringen. Wenn wir schon Einfluss nehmen können, dass es weniger Stau auf der Hauptstrasse geben soll, dann sollten wir diese Chance auch nutzen. Wenn es um den Verkehr auf der Bernstrasse geht, heisst es immer, dass die Gemeinde nichts machen kann, es sei eine Kantonsstrasse. Ich hoffe für Euch alle, dass die Variante Eichenweg die bessere und sinnvollere Lösung ist. Stimmen wir dem Rückweisungsantrag zu und arbeiten an einer Lösung, die allen etwas bringt. Weniger Stau und den Fahrgästen der neuen Linie eine Garantie, dass sie pünktlich vor Ort sind.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die SP-Fraktion freut sich über dieses Geschäft. Die geplante durchgehende Busverbindung zwischen Ittigen, dem Kappelisacker und dem Bahnhof Zollikofen ist wichtig. Sie schliesst eine Lücke im ÖV-Netz und dient der optimalen Erschliessung von vielen Arbeits- und Studienplätzen auf unserem Gemeindegebiet.

Daneben verbessert sie für Fahrgäste aus der Gemeinde Ittigen die Anschlüsse an die S-Bahn und die Verbindungen Richtung Biel, Jegenstorf und Burgdorf. Umgekehrt erlaubt sie allen Schülern und Studierenden an den Schulen auf der Rütli und an der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften endlich eine Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Vielleicht lindert sie sogar die Parkplatzmisere bei den Gewerbebetrieben im Gebiet Meielen, weil dann vielleicht doch der Eine oder die Andere von allen, die dort arbeiten, mit dem Bus zur Arbeit kommt.

Die Grundlagen, das Betriebs- und Fahrplankonzept mit den Anschlüssen im Bahnhof Zollikofen und die Vorteile für die ÖV-Passagiere sind im Bericht und Antrag sehr gut dargestellt. Die geplante Linienführung ist mit Blick auf die vielen gegebenen Rahmenbedingungen optimal. Alle Erklärungen sind nachvollziehbar und Korrekturen nötigenfalls ohne grossen Aufwand möglich.

Es ist nicht so einfach, Fahrzeiten einzuhalten und die Passagiere rechtzeitig auf die Anschlusszüge zu bringen, wie sich dies Markus Hadorn vorstellt. Ich verstehe den Rückweisungsantrag der BDP nicht. Es geht nicht darum, ob man länger laufen muss, es geht um die ganze betriebliche Sache mit dem Bus. Wendet er dann beim Eichenweg, der zu Spitzenzeiten auch stark befahren ist. Es ist nicht so einfach, wie es aussieht. Ich kann nachvollziehen, was in Bericht und Antrag geschrieben steht.

Noch schöner wäre es natürlich, wenn auch für Nachmittags-Vorlesungen an der Hochschule und Nachmittagskurse auf der Rütli eine Buszufahrt bestehen würde. Aber das kann ja dann nach Abschluss der Versuchsphase noch kommen. Wir sind darum auch mit der vorsichtigen Fahrplangestaltung zufrieden und können das Geschäft voll unterstützen. Die Kosten sind überschaubar und der Nutzen ist gross.

Ein einziges Detail hätten wir aber doch noch zu kritisieren: Aus der Sicht der ÖV-Fahrgäste ist der Haltestellen-Name "Länggasse/Rütli" gar nicht befriedigend. Sogar in Zollikofen weiss fast niemand, dass die Verbindungsstrasse zwischen Ittigen und Zollikofen "Länggasse" heisst. Auswärtige Reisende erst recht nicht. Aber der Name Länggasse ist als Stadtquartier und Bus-Endstation in Bern seit etwa 100 Jahren ein weitherum bekannter Begriff. Wenn ich also einem Besucher aus dem Oberland oder Emmental sage, er soll mit dem Bus bis zur Länggasse fahren, dann löst er mit Sicherheit ein falsches Billett und fährt dann auch an den falschen Ort. Uns würde erstaunen, wenn der RBS und der Libero Tarifverbund den Namen Länggasse für eine Haltestelle in Zollikofen akzeptieren würden. Nicht nur bei den Automaten, sondern auch beim Online-Fahrplan ist eine klare Unterscheidung der Fahrziele wichtig.

Wir beantragen, diesen Haltestellennamen bei der Umsetzung des Projektes noch einmal zu überprüfen. Mit der Bezeichnung "Rütli/Fachhochschule" ergäbe sich keine Verwechslungsgefahr mit Bern und auch nicht mit der anderen Hochschule in Zollikofen, der EHB. Die ge-

naue Schreibweise im gesamten Tarif- und Fahrplansystem wird dann sowieso durch Bundesvorschriften geregelt.

Mit dieser Anregung an den Gemeinderat und die Projektleitung stimmen wir dem Geschäft einstimmig zu und empfehlen Euch, das gleichermassen zu tun.

Peter Bähler, SVP: Die Buslinie 41, vom Breitenrain nach Ittigen/Kappelisacker soll bis zum Bahnhof Zollikofen verlängert werden. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs auf dieser Linie ist schon im ÖV-Konzept der Regionalen Verkehrskonferenz RVK enthalten. Der Gemeinderat beantragt nun einen Pilotversuch für drei Jahre. Der Anteil der Betriebskosten beläuft sich auf Fr. 92'250.00 pro Jahr. Das liegt bezüglich Gemeindeanteil ungefähr im Rahmen des Versuchsbetriebes der Linie 33. Die Betriebszeiten sind gemäss Vorlage an Werktagen von 06.30 Uhr bis 08.15 Uhr und von 16.00 Uhr bis 18.15 Uhr und damit klar auf die Pendlerzeiten ausgerichtet.

Der Versuchsbetrieb kostet uns Steuerzahler fast Fr. 400.00 pro Tag, oder Fr. 1'960.00 pro Arbeitswoche, oder Fr. 22.00 pro Schleife. Das ist viel Geld, findet die SVP. Zudem ist die Vorlage gegeben und das Gemeindeparlament kann nur "ja" oder "nein" sagen oder zurückweisen. Trotzdem stimmen wir der Vorlage zu. Denn jede neue Busverbindung fängt mit einem Versuchsbetrieb an und wenn sie definitiv eingeführt wird, läuft die Finanzierung dann anders. Die Linie bietet zusätzliche Verbindungen der Arbeitsplätze in der Meilen und von dort aus in die Stadt, Hans-Jörg Rhyn hat das genau erklärt.

Im RGSK sind in der Meilen und am Eichenweg Entwicklungen vorgesehen. Damit bereiten wir die mögliche Entwicklung der Erschliessung vor. Und zumal wir vor der Ortsplanungsrevision stehen, ist zu berücksichtigen, die Linie als Versuchsbetrieb aufzunehmen. Erst diese wird zeigen, ob es richtig ist und auch angenommen wird. Wir gehen davon aus, dass während des Versuchsbetriebes auch entsprechende Frequenzen erhoben werden, um das dann zu beurteilen. Die SVP stimmt dem Geschäft grossmehrheitlich zu.

Ich erlaube mir noch eine Anmerkung: Es ist bedauerlich, dass in diesem Geschäft keine Prognosen über eine mögliche Verkehrsentwicklung und Verkehrserwartung vorliegen. Für den Pendlerverkehr könnte mit Ziel- und Quellverkehr ein Potenzial ermittelt werden, aber es liegt gar nichts vor. Obschon eine Erwartung da ist, dass etwas kommt. Auch die Transportketten sind nicht ganz nachvollziehbar oder unlogisch. Parallel ist auch die Linie 36, welche vom Breitenrain über Worblaufen nach Zollikofen Bahnhof verkehrt. Zudem macht die Haltestelle in der Kreuzstrasse wenig Sinn. Umsteigehaltstelle wird der Bahnhof Zollikofen bleiben.

Bruno Vanoni, GFL: Wir finden es grundsätzlich richtig und wichtig, die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften, die HAFL, mit öffentlichem Verkehr zu erschliessen. Aber beim genauen Anschauen des konkreten Vorhabens sind doch einige Fragen aufgetaucht:

1. Ist die Haltestelle an der Kreuzstrasse am richtigen Ort – oder sollte sie nicht besser auf der andern Seite der Bahnlinie direkt vor dem neuen BIT-Gebäude mit 700 Arbeitsplätzen platziert werden?
2. Ist die Linienführung via Kreuz- und Bernstrasse richtig – oder bleibt der Bus so im Stossverkehr stecken, so dass er den Fahrplan nicht einhalten kann?
3. Ist es sinnvoll, eine Buslinie nur während vier Stunden pro Tag am Morgen früh und am späten Nachmittag zu betreiben?

Diese Fragen haben schon vor fünf Jahren zur Diskussion gestanden – im Angebotskonzept, das die regionale Verkehrskonferenz Bern-Mittelland damals den tangierten Gemeinden,

dem RBS und dem kantonalen Amt für öffentlichen Verkehr zur Stellungnahme unterbreitet hat. Und der Gemeinderat von Zollikofen hat die drei Fragen damals schon klar beantwortet: Ja, die Haltestelle Kreuzstrasse ist am bestmöglichen Ort, weil auf der andern Seite der Bahnlinie kein geeigneter Platz dafür ist.

Und ja, die Linienführung via Kreuz- und Bernstrasse „entspricht den Vorstellungen der Gemeinde“. Gestützt auf diese Antworten wurde nun dieses Projekt entwickelt.

Aber in Bezug auf die dritte Frage, wegen der kurzen Betriebszeiten morgens und abends, hat vor fünf Jahren schon der Gemeinderat Bedenken angemeldet: „Bekanntlich werden öffentliche Verkehrsmittel mit reduziertem Angebot nur beschränkt genutzt“, hat er in seiner Stellungnahme geltend gemacht. Und weiter: „Um das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr attraktiv zu gestalten, ist in den Zwischenzeiten ein reduziertes Angebot, z.B. Halbstundentakt, wünschenswert.“

Von einem solchen durchgehenden Betrieb der Linie 41 ist jetzt im aktuellen Projekt keine Rede mehr. Das könnte eine Schwäche sein, die sich nachteilig auf die Nutzung des neuen Angebots auswirken könnte. Aus Kostengründen scheint eine Beschränkung der Betriebszeiten plausibel. Es wäre aber sicherlich sinnvoll, während des Versuchsbetriebs (beispielsweise mit Befragungen der Fahrgäste) herauszufinden, ob ein Bedürfnis nach längeren und gar durchgehenden Betriebszeiten besteht.

Ein heikler Punkt, die BDP wies darauf hin, ist sicherlich auch die Linienführung über die Bernstrasse, weil ein Stau dort die Einhaltung des Fahrplans der neuen Buslinie gefährden könnte. Und Pünktlichkeit ist fürs Erreichen der Anschlüsse an andere Bus- und Bahnverbindungen von zentraler Bedeutung. Damit es diesbezüglich keine Probleme gibt, müssen wir endlich den Stau auf der Bernstrasse im Abschnitt zwischen Kreuzkreisel und Bahnhof wegbringen. Das wäre möglich, wenn das regionale Pilotprojekt "Verkehrsmanagement Bern-Nord" endlich realisiert würde. Es soll ja verhindern, dass sich die Autos innerhalb der Ortschaften stauen. Ziel wäre also, den Stau aus Zollikofen heraus zu bringen.

Der Start dieses Pilotprojekts wurde mal für das Jahr 2013 angekündigt. Mittlerweile hat die Berner Kantonsregierung darauf hingewiesen, dass der Spardruck die nötigen Investitionen ins Verkehrsmanagement verzögert und auch künftig weiter erschwert. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass sich die bürgerliche Spar- und Steuersenkungspolitik auf Kantonsebene bei uns in der Gemeinde Zollikofen nachteilig auswirkt. Ein anderes Beispiel dafür ist die Buslinie 41 selber. Der Start des Versuchsbetriebs ist ursprünglich für Dezember 2012 vorgesehen gewesen – und nicht für Dezember 2013, wie es in den Unterlagen heisst. Der Spardruck auf Kantonsebene hat das Projekt also um zwei Jahre verzögert. Und ich bin froh, dass der Gemeindepräsident diese Zusammenhänge mit seinem Votum vorher etwas deutlicher aufgezeigt hat, als es in den schriftlichen Unterlagen dargelegt ist.

Auch deshalb finden wir, dass wir jetzt vorwärts machen sollten, statt das Vorhaben mit einer Rückweisung nochmals zu verzögern. Der Gemeinderat Ittigen hat, soviel ich weiss, bereits entschieden. Wenn man nun zurückweist, würde dies auch in Ittigen neue Entscheidungsprozesse auslösen, wenn überhaupt die andere Linienführung in Frage käme. Die Linienführung, die die BDP nochmals prüfen lassen will, ist vor fünf Jahren schon diskutiert und einhellig verworfen worden. Die neue Buslinie in den bestehenden Busbahnhof zu integrieren, mit direkten Umsteigemöglichkeiten auch aufs Postauto und den Bus nach Münchenbuchsee; das ist längerfristig die bessere Lösung als eine isolierte Wendeschleife auf der andern Seite des Bahnhofs. Es ist übrigens nicht sicher, ob der private Boden dafür überhaupt erhältlich wäre.

Wir sagen deshalb "Ja" zum beantragten Kredit, erwarten aber als flankierende Massnahme, dass sich die Gemeinde Zollikofen für einen raschen Start des Verkehrsmanagement-Pilotprojekts einsetzt. Zudem soll die neue Buslinie und überhaupt der öffentliche Verkehr in

der Verkehrslenkung privilegiert werden. Das ist eine wesentliche Rahmenbedingung für ein Gelingen des Versuchsbetriebs.

Wir erwarten auch, dass während der Versuchsphase der Verkehrssicherheit grösste Beachtung geschenkt wird. Vor allem auch der Sicherheit der ein- und aussteigenden Fahrgäste und der Velofahrenden. Für sie wird es mit dem Bus auf der Länggasse noch enger und unsicherer – ein durchgehender Veloweg insbesondere durch die enge Autobahn-Unterführung wäre eigentlich schon lange dringend.

Und eine weitere Erwartung haben wir an die Adresse der HAFL, der Rütli und der andern Unternehmen im Gebiet Meielen, die von der Erschliessung mit der neuen Buslinie profitieren: Sie sollten sich aktiv darum bemühen, dass ihre Mitarbeitenden vom privaten Auto auf den öffentlichen Bus umsteigen. Denn das muss ja das Ziel der ganzen Investition in den ÖV bleiben: weniger Autofahrten, weniger Energieverbrauch, weniger Schadstoffe, weniger klimaschädigender CO₂-Ausstoss.

Markus Lötscher, FDP: Die FDP-Fraktion steht grundsätzlich positiv hinter der Erschliessung des Arbeitsplatzes Gebiet Meielen mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Ebenfalls positiv zu bewerten ist die direkte Verbindung zwischen Zollikofen und Ittigen, die entsteht. Damit fällt die Schlaufe über Worblaufen weg. Die Verbindungen werden kürzer. Neben der Industrie und dem Gewerbe werden vor allem auch die Arbeitsplätze der Bundesverwaltung und der Bundesämter versorgt.

Das heisst, kurz- oder mittelfristig sind die Profitierenden dieser Buslinie vor allem Schüler, Studenten, Lehrer und Verwaltungsangestellte, dort wissen wir, dass die Parkplätze beschränkt und sie auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Ich gehe davon aus dass ein Grossteil dieser Personen nicht in Zollikofen lebt. Das heisst, was wir bieten, bieten wir der Region. Das ist eine Annahme. Eine Bewirkungsanalyse hätte hier mehr Klarheit geschaffen.

Mit der Annahme leistet die Gemeinde einen grossen Beitrag zur Erschliessung der Region und das kann zum richtigen Zeitpunkt auch in die Waagschale geworfen werden. Wir tragen in der Versuchsphase die Hauptlast für die Kosten der Erschliessung. Wird die Linie später definitiv geführt, ist dann vor allem der Kanton zuständig. Ob es wirklich zur Entlastung der Strassen und hier vor allem der Bernstrasse führt, wäre schön, aber ich glaube, nur die werden das neue Angebot nutzen, die eh schon vorher ÖV genutzt haben. Der Antrag ist aus unserer Sicht seriös vorbereitet, die Linienführung, Betriebszeiten etc. überzeugen. Mögliche Schwachstellen wie die Bernstrasse wurden diskutiert und im Antrag erwähnt. Verkehrsbeeinflussende Massnahmen sind im Antrag auch erwähnt und das könnte zu Mehrkosten führen. Es besteht hier also ein Risiko auf Kostenfolgen. Dennoch wird die FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Präsidentin: Gibt es weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort haben die Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Wir haben schon vor Jahren gesagt, so eine Verbindung sei eine gute Idee. Nicht nur wegen der Schulen: Wenn unser Altersheim schliesst und die alten Leute Zollikofens ins Demenzzentrum kommen - kein Grün, nicht ruhig - wäre das eine direkte Verbindung zum Alters- und Pflegeheim Ittigen, früher "Gottesgnad" jetzt heisst es Pflegezentrum "Tilia".

Wir sagten schon damals, wenn der Bus kommt, und er ist ziemlich breit, sollte man die Trottoirs machen. Es dauerte ja schon ewig, bis wir überhaupt ein Trottoir bis zum "Tech" bekommen haben. Auch der Veloweg wäre zu machen. Wegen des Feierabendverkehrs: Auch hier war für mich damals klar, dass die Bernstrasse staut, wir haben dort etwas verpasst, nämlich die Busspur. Früher war das Bähnli auch dort. Die Planung ist zwar passiert, aber

wenn es noch möglich ist, hätte man eine Spur machen können. Aber es ist zu spät. Der Bus steht, genau wie die Autos. Und dies bereits ab 16 Uhr.

Denise Mellert, CVP: Das CVP-Team hat die Vorlage vertieft geprüft und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung vorab für die bisherigen Abklärungen und Vorbereitungen. Obwohl diese Verbindung vom Kappelisacker in Ittigen nach Zollikofen und umgekehrt schon lange erwartet worden ist, überzeugt uns diese Vorlage in der Detailprüfung nicht. Für einen Kredit für den Versuchsbetrieb Bahnhof Zollikofen – Kappelisacker über drei Jahre in der Höhe von über Fr. 300'000.00 sollte die Verwaltung und der Gemeinderat noch einmal die Gelegenheit erhalten, die Linienführung, die Haltestellen sowie den Fahrplankontakt zu überdenken und weitere Varianten zu prüfen.

Wir haben einen Rückweisungsantrag vorbereitet, verzichten jetzt aber darauf, ihn aufzulegen, weil wir aus den Worten von Gemeindepräsident Daniel Bichsel herausgehört haben, dass die Verhandlungen bereits so weit fortgeschritten sind, dass nur noch mit grossem Aufwand geändert werden könnte. Das würde das Projekt verzögern. Trotzdem geben wir unsere Punkte bekannt. Vielleicht könnten diese dann im definitiven Betrieb berücksichtigt werden:

- Bei der Linienführung können wir dem Argument des Gemeinderates folgen, welches zum Entscheid der Linie über die Bernstrasse geführt hat. Hier sehen wir ebenfalls, wie im Bericht erwähnt, einen grossen Knackpunkt während der Rushhour auf der verstopften Bernstrasse.
- Für uns stimmt das Verhältnis des Nutzens zu den Kosten nicht. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass Zollikofen 75 Prozent der Kosten zu übernehmen hat. Der Nutzen für Zollikofen könnte erhöht werden, wenn die Linie bis zur Station Hirzenfeld verlängert würde. Aufgrund des Zweifels, dass durch den Knackpunkt Bernstrasse der viertelstündige Fahrplankontakt eingehalten werden kann und unseres Zweifels daran, ob überhaupt für diese Linie ein Viertelstundentakt angeboten werden muss, bitten wir, die Variante eines Halbstundentaktes und damit die Weiterführung der Linie vom Bahnhof zur Hirzenfeldstation zu prüfen. In Anbetracht, dass die Schäferei überbaut wird, sind wir der Meinung, dass eine zusätzliche ÖV-Möglichkeit zwischen dem Halbstundentakt der Postautolinie einen Sinn ergeben würde.
- Weiter bitten wir zu prüfen, ob die Station Meielen wirklich notwendig ist. Die Gehdistanz zur Station Oberzollikofen ist kurz und entspricht auch anderen Gehdistanzen vom Dorf zu den Stationen in Zollikofen, wo kein ÖV, sprich Bus, vorhanden ist. Wir empfehlen die Streichung der Haltestellen auf beiden Seiten.
- Die Haltestelle Bahnhof Oberzollikofen finden wir sinnvoll. Aus dem Bericht geht jedoch nicht hervor, wo genau die beiden Haltestellen an der Kreuzstrasse zu liegen kommen und wie diese ausgestaltet werden. Wir vermissen hier die Information für das Parlament.

Wir geben bei dieser Gelegenheit zu bedenken, dass

- auf dieser Strasse auf der einen Seite ein Laden mit strassenseitigen Parkplätzen und Umschlagplatz auf der anderen Seite ebenfalls Mieter- und Kunden-Parkplätze für die Hochhäuser sind,
- die Strasse durch Fussgänger gequert wird,
- Kehricht, Altpapier und Grüngut hier beidseitig entsorgt wird,
- die Strasse zur Rushhour intensiv durch Individualverkehr frequentiert wird.

Verträgt es hier noch eine beidseitige Haltestelle im Viertelstundentakt? Ohne detaillierte Informationen sind wir skeptisch. Wir hoffen, dass diese Punkte bei der Einführung des Normalbetriebs berücksichtigt werden könnten.

Heinz Buser, FDP: So wie es aussieht, wird auch dieses Geschäft "durchgehen". Das ist gut. Genauso, wie auch das Geschäft "Bibliothek" angenommen wurde. Wir haben aber hier gerade locker jährliche Mehrausgaben von rund Fr. 127'000.00 beschlossen. Es soll niemand glauben, dass der definitive Busbetrieb für den Steuerzahler dann billiger ist. Wir haben in den letzten paar Jahren so schnell aus dem "hohlen Bauch" heraus, noch andere "Sachen die gut sind" beschlossen. Ich denke an Schulsozialarbeit, Karibu-Beiträge und Holzschnitzelheizung, die rund Fr. 150'000.00 pro Jahr mehr kostet als Öl. In den letzten fünf bis sechs Jahren haben wir lauter Projekte, die an für sich gut sind, beschlossen. Sie machen insgesamt wohl fast eine Million pro Jahr aus. Irgendwann müssen wir uns überlegen, was überall noch "nett und gut" ist – all das kostet und wird zu einer Steuererhöhung führen. Ob man Steuererträge ohne Steuersatzerhöhung einfach steigern kann, werden wir sehen, die Prognosen sind nicht rosig. Insgesamt, stelle ich fest, bereden wir Projekte auf einem sehr hohen, luxuriösen Niveau und wir müssen langsam überlegen, wieviel Zollikofen sich noch leisten kann und will. Vielleicht, das wurde heute Abend bereits angetönt, könnte sich die Gemeinde auch überlegen, wo von den Nutzerinnen und Nutzern der verschiedenen Angebote etwas kommen könnte. Wenn ein Finanzeinbruch wäre, hätten wir dann Infrastrukturen geschaffen, die nicht mehr finanziert werden können. Der Kanton hat vor 30, 40 Jahren "Wahnsinns-Infrastrukturen" geschaffen und nach dem Finanzeinbruch brach er unter der Last fast zusammen. Also müssen wir überlegen, wo wir einsparen können.

Martin Köchli, BDP: Wir haben es vorher gehört. Wir gehen davon aus, dass das Geschäft durchgehen wird. Ich stehe jeden Morgen an der Bernstrasse und nehme den Bus Richtung Breitenrain. 80 Prozent der Zeit zwischen 07.00 und 08.00 Uhr kommt dieser Bus zu spät. Am Abend gehe ich zurück und der Bus, der eigentlich zeitig in Unterzollikofen ankommen sollte, damit ich den Hirzenfeld-Bus nehmen kann, kommt auch hier zu 60 Prozent zu spät. Zum Glück bin ich umgezogen und kann jetzt zu Fuss nach Hause. Es würde mich interessieren, wenn nach einem halben Jahr die Anschlüsse nicht gewährleistet sind und es immer noch Verspätungen gibt, ob dann der Versuch weiter durchgeführt wird oder ist man dann auch bereit, die nötigen Massnahmen zu ergreifen? Denn die Wahrscheinlichkeit, dass der Bus zu spät kommt, ist sehr gross. Das zeigt die Erfahrung mit der bereits bestehenden Buslinie.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Daniel Bichsel, Gemeinderat (Schlusswort): Es gab einen ganzen Strauss von Fragen im Verlaufe der Debatte, ich probiere sie zu beantworten. Da war zum Einen der Name der Haltestelle "Länggasse-Rütti". Wir nehmen dies gerne entgegen. Wir haben lange darüber diskutiert, Länggasse alleine wäre nicht möglich, genau wegen dem was Hans-Jörg Rhyn gesagt hat. Dann haben wir es mit "Rütti" ergänzt. Früher war es das "Technikum", dann hiess es "Landwirtschaftliches Technikum", später "Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft" und jetzt HAFL. Wenn eine gewisse Beständigkeit des Namens vorhanden wäre, hätte man diesen auch nehmen können. Aber "Fachhochschule" tönt relativ neutral und könnte auch beständig sein. Wir nehmen also diesen Vorschlag gerne entgegen.

Zu all den Punkten betreffend Fahrplan, Fahrplangestaltung: Es geht hier um eine Verlängerung der Linie 41. Es ist keine neue Linie ab Kappelisacker. Wir müssen also schauen, was die Linie 41 heute für Betriebszeiten hat; das sind genau diese am Morgen und am Abend und dort knüpfen wir an. Damit das mit einem Fahrzeug mehr bewältigt werden kann, muss die Umlaufzeit von einer Viertelstunde eingehalten werden können, weil wir Abhängigkeiten mit dem Fahrplan Kappelisacker-Breitenrain haben. Wir wollen ja im Kappelisacker nicht, dass einer, der vom Breitenrain kommt, auch noch einmal umsteigen muss. Oder wenn er vom Worblental kommt, in der Papiermühle und im Kappelisacker umsteigen muss. Dort muss man die Abhängigkeiten berücksichtigen. Es erscheint uns wichtig, zu vermitteln, dass wir mit der Gestaltung des Fahrplanes nicht nur freie Hand haben.

Zum Rückweisungsantrag: Ich bin mir bewusst, dass es von Parlamentariern nicht gerne gehört wird, wenn ich hier von Abhängigkeiten rede. Ich muss es aber doch sagen, es ist ein Fakt. Wenn wir das Geschäft heute zurückweisen, ist der Start im Dezember 2014 gefährdet, ich sage es mal so, es ist nicht unmöglich. Der Regierungsrat muss den nötigen Beschluss seinerseits im Juni 2014 fällen und bereits jetzt läuft der Mitbericht des regierungsrätlichen Antrages in den Direktionen. Dort steht das, was wir Ihnen heute vorschlagen. Wenn wir hier massive Änderungen haben würde das möglicherweise zu einer Verzögerung auch auf Kantonsseite führen. Der Kanton muss die Bestellung gegenüber dem Transportunternehmen auch vornehmen und auslösen.

Zur Linienführung: Der RBS ist in die Linienwahl miteinbezogen worden. Wenn wir von Linienwahl reden, geht es insbesondere um den Eichenweg bis Bahnhof. Bedenken betreffend Fahrplanstabilität wurden bereits dort angemeldet und sind erkannt. Wir haben beim Kantonalen Amt für öffentlichen Verkehr zurückgefragt, wie das wäre, genau wie Martin Köchli gesagt hat, wenn wir nach Start Versuchsbetrieb merken würden, dass es nicht geht. Bei Bedarf, wurde uns hier gesagt, dürfen wir auch in der Versuchsphase Änderungen an der Linienführung vorschlagen. So müssen wir nicht drei Jahre aussitzen, sondern könnten bereits vorher reagieren, wenn es so schlimm wäre.

Eine solche Linienwahl mit Haltestellen ist anhand von zehn Bewertungskriterien durchgespielt worden. Da ist die Fahrplanstabilität einer von 10 Punkten. Die im Bericht aufgeführte Variante über den Eichenweg und dort ungefähr bei der Gourmador zu wenden, hat mehr Negativpunkte bekommen, als die vorgeschlagene Variante zwei. Nebst der Fahrplanstabilität ist es insbesondere der Investitionsbedarf, der Umsteigekomfort und die Realisierbarkeit. Wir sind dort auf privatem Grund und haben keine Zusicherung, um Wendeschlaufen einzuführen, auch wurden keine Verhandlungen geführt.

Da die Bedenken bezüglich Fahrplanstabilität bereits in der Planungskommission, im Gemeinderat und auch von den Transportunternehmungen geäussert wurden, kann ich Ihnen versichern, dass wir das Projekt von Anbeginn an engmaschig und kritisch begleiten werden und allenfalls reagieren werden. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen und den Verpflichtungskredit zu bewilligen, damit wir den bereits mehrfach verschobenen Start des Versuchsbetriebes endlich aufnehmen können.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Ich frage die BDP an, ob sie an ihrem Rückweisungsantrag festhält?

Markus Hadorn, BDP: Aufgrund der Ausführungen des Gemeinderates und der Option, dass im Notfall auf die Linienführung Einfluss genommen werden kann, ziehen wir den Rückweisungsantrag zurück.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Verpflichtungskredit für den Versuchsbetrieb zur Verlängerung der Buslinie 41 im Betrag von insgesamt Fr. 325'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung der Jahre 2014 bis 2017 (Konto-Gruppe 650) annehmen will, erhebe die Hand.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit für den Versuchsbetrieb zur Verlängerung der Buslinie 41 im Betrag von insgesamt Fr. 325'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung der Jahre 2014 bis 2017 wird mit 36 Ja- zu 0 Nein-Stimmen angenommen. Die konkreten Beträge sind im jeweiligen Voranschlag der Laufenden Rechnung aufzunehmen.

21 1.12.5 Bestattungs- und Friedhofreglement,

Bestattungs- und Friedhofreglement; Änderung

Präsidentin: Ist das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir machen eine allgemeine Runde und beraten das Reglement danach artikelweise. Nehmen Sie bitte die Unterlagen zur Hand.

Marianne Pfister, GPK: Keine Bemerkungen.

Edi Westphale, Gemeinderat: Urnenbeisetzungen verzeichnen eine grosse Nachfrage. Als wir 2004 die Urnennische in der Böschung angelegt haben, gingen wir davon aus, dass die bestehenden Nischen bis 2024 ausreichen. Heute haben wir noch fünf freie Urnennischen, darum müssen wir etwas unternehmen. Wir werden fünf Projekte realisieren. Die Urnennischen an der Böschung werden erweitert, das gibt weitere 29 Plätze.

Wir haben uns überlegt, wo weiter Urnennischen entstehen könnten. Eine diskutierte Variante war, noch eine Ebene höher Nischen anzulegen. Das erachteten wir als nicht ästhetisch, es würde zu pyramidenhaft. Eine weitere Variante: Auf der linken Seite der Böschung eine Nische zu erstellen. Dies war aber wegen der Familiengräber, deren Ruhezeit eingehalten werden muss, nicht möglich. Sie dauert circa bis ins Jahr 2030.

Wir haben uns also für eine neue Bestattungsart ausgesprochen, den Urnenhain. Dafür brauchen wir eine Reglementsänderung. Bei den Bäumen soll es eine Möglichkeit geben, die Platten senkrecht in den Boden zu legen. Mit dieser Bestattungsart haben wir in der ersten Phase 35 Plätze. Wir haben die Option zur Erweiterung nach Ablauf der Ruhezeit der Familiengräber. Weiter und drittens möchten wir die "alte" Urnenwand gestalterisch aufwerten.

Viertens wird es eine Entlastung mit dem Gemeinschaftsgrab Rasenfeld, das letztes Jahr eingeführt wurde. Und: Die Ruhezeit der Urnennischen läuft 2024 langsam aus und es wird dort wieder neue Plätze geben. Damit wir die neue Bestattungsart "Urnenhain" einführen, braucht es eine Reglementsänderung und dafür sind Sie zuständig.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Fraktionen zum allgemeinen Teil.

Marco Bucheli, SVP: Eine neue Bestattungsart, die noch nicht bekannt ist – ich möchte aber gerne darauf hinweisen, dass es hier lediglich um die Änderung des Friedhofreglementes geht. Das finanzielle liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Wenn wir dieses Geschäft zurückweisen, würde es auch die relativ teuren Projektierungskosten gefährden. Deshalb empfiehlt die SVP, die Änderung des Reglementes anzunehmen.

Marc Niklaus, SP: An der Fraktionssitzung hatten wir schnell beraten: Das Anliegen ist klar formuliert. Dank an den Gemeinderat, die Argumente sind schlüssig. Wir stimmen zu, ohne weitere Forderungen und Kommentare.

Präsidentin: Möchten sich die Ratsmitglieder äussern?

Ratsmitglieder: Kein Kommentar.

Präsidentin: Wir kommen zur Beratung des Reglementes im Detail. Nehmen Sie das Änderungsdokument, Seite 1 Artikel 14, Seite eins bis zwei. Hier geht es um Artikel 14, Absatz 1, Buchstabe b - wer möchte sich äussern?

Ratsmitglieder: Keine Äusserungen.

Präsidentin: Artikel 14, Absatz 3, Seite 2?

Ratsmitglieder: Keine Äusserungen.

Präsidentin: Wer hat Anmerkungen zu Artikel 16, Absatz 1 Buchstabe a?

Ratsmitglieder: Keine Äusserungen.

Präsidentin: Wir kommen zu Artikel 18, Absatz 6. Bemerkungen?

Ratsmitglieder: Keine Äusserungen.

Präsidentin: Damit haben wir die Änderungen durchgearbeitet. Wir stimmen ab und zählen aus, wie immer beim fakultativen Referendum. Wer die Änderungen annehmen will, erhebe die Hand.

Abstimmung

Die Änderungen im Bestattungs- und Friedhofreglement werden unter Vorbehalt des fakultativen Referendums mit 35 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

22 1.92.2 Postulate

Postulat Toni Oesch betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-, Postauto- und Busbenützer"; Erheblicherklärung

Präsidentin: Dieses Geschäft war am 26. Januar Geschäft Nr. 4.2. Toni Oesch konnte damals nicht dabei sein, deshalb ist es auf heute verschoben worden. Der Bericht des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Es geht um die Erheblicherklärung. Der Postulant hat das Wort. Toni Oesch hat eine Redezeit von circa 13 Minuten beantragt, ist das in Ordnung?

Ratsmitglieder: Keine Einwände.

Toni Oesch, FdU: Vorab danke ich für die Verschiebung dieses Geschäftes von der Februarsitzung auf heute. Ich bin zwar nicht krank gewesen, jedoch stark erkältet, sodass ich nicht laut genug hätte reden können. Auf Seite 27 des Protokolls heisst's, wegen Krankheit, sei ich abwesend gewesen. Das ist eine Zürcher Krankheit. Letztes Jahr haben meine Frau und ich die Kräne im Rostocker Hafen Warnemünde gesehen und nie gedacht, dass einer davon an die Limmat kommt.

Ich danke vorab auch dem Gemeinderat für den Bericht. Aber ich muss sagen: Dieser Bericht ist enttäuschend, weil er sich praktisch nur auf Aussagen der RBS, BLS und eventuell SBB stützt, statt auch auf echte Bedürfnisse der Benützer des ÖV's.

Wir haben mit unserem allgemein gehaltenen Postulat verlangt, dass eine Verbesserung der Situation auf dem Hauptperron geprüft wird. Alles andere ist Zugabe. Nach dem mageren Bescheid haben wir die Angelegenheit selber in die Hand genommen, um Vorschläge zu machen. De quoi s'agit-il? Der Neubau des Bahnhofs Zollikofen ist am 25. Juni 2005 eingeweiht worden. Er liegt jetzt nur noch zum grösseren Teil auf Gemeindegebiet von Münchenbuchsee. Die Grenze liegt beim Taxi-Standplatz. Die Gesamtkosten haben etwa Fr. 30 Mio. ausgemacht. Buchsi hat rund Fr. 4,5 Mio. daran bezahlt. Zollikofen hat laut Botschaft zur Volksabstimmung vom März 2000 einen Kredit von Fr. 4 Mio. beschlossen, aber Beiträge von Dritten im Betrag von Fr. 1,9 Mio. seien in Aussicht gestellt worden.

Nachdem der Bericht vom Gemeinderat vorgelegen ist, habe ich mich an Walter Bandi gewendet. Als damaliger Gemeindepräsident von Buchsi hat er anlässlich der Einweihung des Bahnhofs eine bodenständige und gehaltvolle Ansprache gehalten. Wir kennen uns von der GGB, wo er Präsident ist. Mit ihm und Walter Lanz, Mitglied des GGR Buchsi, haben wir die Situation beim Bahnhof begutachtet. Walter Lanz hat als damaliger Bauverwalter von Buchsi den Neubau begleitet. Er hat geschildert, wie die Bahnen überall geklemmt haben. Sie haben Angst gehabt, dass bei zu hohen Kosten, das Stimmvolk die Vorlagen ablehnen würde. Die SBB haben zum Beispiel zuerst nicht einmal ein Dach über ihrem Perron erstellen wollen. Ich werde die Redezeit voraussichtlich um einige Minuten überschreiten, weil ich die Situation anhand von Fotos erläutern will. Ich danke hier dem Gemeindepräsident für die Hilfe bei der Bedienung des Beamers.

(Anm. d. Protokollführerin: Toni Oesch zeigt mit Hilfe eines Beamers Fotos auf der Leinwand) Erste Photo: Es handelt sich um den südwestlichen Teil, also auf Zollikofer-Seite. Als sich der Bahnhof fertig präsentiert hatte, gab es bereits kritische Stimmen zum Flachdach. "Fussnote mit Quellenangabe" heisst es jeweils: Auch Bemerkungen aus dem Kreis der Senioren von Zollikofen. Zu beachten ist hier, dass das Perron zum Bahnhof hin schmaler wird.

Zweite Foto: Die Gelenk- und Megabusse der Postauto-Kurse 106 und 107 kommen vom Bahnhof Bern und halten dort hinten beim Veloständer, also noch vor dem eigentlichen Perron. Hier steigen die Leute aus, ohne Schutz bei Regen. Es sind am Morgen und Abend immer viele Leute vom Webergut, EHB und Blindenheim.

Dritte Foto: Der Gelenk-Bus der Linie 36 in den Breitenrain kommt von Buchsi und haltet hier vorne beim Bahnhof. Am Morgen, alle 15 Minuten während der Rushhour von 6 bis 8 Uhr steigen hier sehr viele Leute von Buchsi aus und steigen um in die RBS-S-Bahn nach Bern. Das Perrondach ist zu schmal. Bei Regen wird man nass, weil er vom Wetterluft und von der Bise aufs Perron geblasen wird. Dazu ist bei Kälte und kalter Bise kein Schutz vorhanden. Darum sind zwei wesentliche Ergänzungen ein Muss:

- Wir wünschen keinen Baldachin, wie beim Bahnhof Bern, aber nur eine Verbreiterung des Perrondaches strassenseitig. Das kann man mit einfachen Mitteln machen, z.B. mit Plexiglas. Aber auch eine Verlängerung in den Bahnhof hinein ist nötig. Ich zeige, wie breit dieser zusätzliche Schutz sein sollte, nämlich über den haltenden Bus hinaus. Es sollte ein wenig abhältig sein, damit der Regen und Schnee abfliessen bzw. abrutschen kann.
- Vierte Foto: Hier stellen wir uns eine Wartehalle vor, etwas länger als jene in der Station RBS Oberzollkofen.

Fünfte Foto: Wartehalle bei der RBS-Station Oberzollkofen. Im Bericht ist immer von Wartehalle die Rede, für uns ist sie eher eine Schutzbox.

Sechste Foto: Umsteigen in die S-Bahn nach Bern. Auch bei Südwind ist das Perron teilweise oder ganz nass.

Siebte Foto: Wenn der Breitsch-Bus wegfährt, können jeweilen die anderen Kurse nachrutschen und die Fahrgäste können auch hier einsteigen.

Achte Foto: Zwischen Kiosk und Perron. Bei Gedränge und Regen wird man hier nass, weil das Perrondach nicht bis unter das grosse Flachdach heranreicht.

Neunte Photo: Die Photo zeigt die Platzverhältnisse auf dem Hauptperron von oben und den langen RBS-Tatzelwurm RBS. Man sieht nur vier Wagen, er hat aber sechs inkl. Triebwagen. Zum Vergleich: Die Bähnli nach Unterzollkofen haben nur drei Wagen. Engpass beim BLS-Schalter- und Kiosk-Häuschen: Zeitweise findet hier eine wahre Völkerwanderung statt, die einen kommen und die anderen gehen und kreuzen sich hier.

So kommen wir zum Wartesaal: Der Gemeinderat schreibt, der BLS-Schalter diene als Wartehalle. Das stimmt auf keinen Fall. Die beiden BLS-Angestellten bestätigen das. Bei Reklamationen von Fahrgästen hinsichtlich Bahnhof sagen beide, man solle dem RBS schreiben. Da ist nie etwas passiert. Im Schalter selbst ist nicht Platz, es hat auch keine Stühle. Er ist nur zeitweise offen: Montag bis Freitag von 07.00 bis 18.45 Uhr, Samstag von 08.00 bis 12.00 und von 13 bis 16 Uhr. Sonntag geschlossen. Der Kiosk ist nur unwesentlich länger offen, ist aber am Sonntag morgen offen. Die Kiosk-Frau sagt, ihr Kiosk sei kein Wartesaal; die Leute wären im Weg. Laut Gemeinderat haben sich die SBB entschlossen, eine Wartehalle auf dem zweiten Perron zu realisieren.

Zehnte Foto: Damit will ich nochmals den gefährlichen Engpass beim Schalterhäuschen zeigen. Im Bericht heisst's, die Perrons seien genügend breit, einzelne Hindernisse, wie Abfallimer würden noch entfernt. Der ist aber immer noch da. Weiter heisst's im Bericht fälschlicherweise, die Platzverhältnisse seien ähnlich wie im Bahnhof Bern. Dort sind aber die Perrons breiter. Zudem fahren dort die Züge langsam ein und aus. Aber hier brausen Schnellzüge von Solothurn und Jegenstorf mit Tempo 60 durch, und zwar ohne Lautsprecher-Vorwarnung, wie früher beim alten Bahnhofli.

Die elfte Foto zeigt die nordöstliche Seite vom Bahnhof, also die Buchsi-Seite. Hier kommt der Bus der Linie 36 von Bern an und fährt weiter nach Buchsi. Der Postautokurs nach Büren an der Aare fährt auch von hier weg. Am auffallendsten sind zwei Tatsachen:

- Das grosse Flachdach deckt nur etwa die Hälfte des Buchsi-Perrons, auch ist es zu hoch und schützt nicht vor Wind und Regen.
- Es besteht überhaupt kein unteres Perrondach, wie auf der Zollikofer-Seite. Die beiden Buchser Bandi und Lanz werden den Bau eines Perrondaches verlangen, das auch so breit ist wie das zukünftige auf der Zollikofer-Seite.

Zwölfte Foto: Der Chauffeur dieses Kurses ist der Meinung, dass endlich eine Wartehalle gebaut werden sollte; denn die Leute stünden bei minus 20 Grad und bei Bise draussen. Ich habe ihm sagen können, dass der RBS eine Wartehalle unter den Treppen plane.

Dreizehnte Foto: Laut Gemeinderat plant der RBS hier unter den Treppen eine Wartehalle, eine zusätzliche zum Schalterhüsli wie er zu Unrecht schreibt. Die ist absolut nötig und wird vor allem den Benützern der Kurse ab dem Buchser-Perron dienen.

Vierzehnte und letzte Foto: Ich habe im Postulat noch auf eine andere Gefahrenquelle aufmerksam gemacht, nämlich die Durchgänge unter den Treppen auf Augenhöhe. Gerade ältere Leute, mit Dächlikappe auf dem gesenkten Haupt, laufen Gefahr, in die Treppe zu schreiten, wenn sie die Perronseite wechseln. Es scheint klar, dass bis heute keine solchen kleineren Unfälle gemeldet wurden. Denen die das passiert, sehen die Sterne, nehmen das auf ihre Kappe und weinen nicht. Aber es kann Kindern passieren. Ich habe eine Foto von Kindern die auf dem Perron "trottinettlen". Mein Vorschlag: Gleich wie auf der Foto im Vordergrund, sollten Plakatständer oder etwas anderes unter den gefährlichen Bereichen aller fünf Treppen gestellt werden.

Soweit die Bilder. Über das weitere Vorgehen: Wir machen uns keine Illusionen, dass dem Antrag des Gemeinderates auf Abschreibung des Postulates heute Abend nicht Folge geleistet wird. Die Buchser und ich werden mit dem RBS verhandeln. Dann wird Walter Lanz das Anliegen in den Buchser-GGR bringen. Zum Finanziellen: Es ist gar nicht gesagt, dass sich die beiden Gemeinden an den Kosten beteiligen müssen. Wir sind der Auffassung, dass wir Steuerzahler und zahlende Benutzer des ÖV's ein Anrecht auf Mitbestimmung haben. Zollikofen hat in seinem Budget für 2014 fast anderthalb Mio. Franken für den Lastenausgleich öffentlicher Verkehr eingestellt. Es soll nicht bloss ein Traum oder eine Vision sein, wenn wir nächstes Jahr anlässlich des 10-Jahr-Jubiläums des Bestehens des neuen Bahnhofs Ver-

besserungen einweihen könnten. Mit Dank an Daniel Bichsel als Operator des Beamers und an Frau Thomann Lemann, dass sie mich vorher doch unterbrochen hat.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Ergänzungen?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Markus Lötcher, FDP: Hier geht es ein wenig um "Gejammer auf hohem Niveau" und "nice to have". Diese Investitionen müssen ja auch wieder bezahlt sein und wenn dies über die Bahn geschieht, bedeutet das teurere Billets oder es führt zu Leistungsabbau und das will auch niemand.

Am Bahnhof hat es Rolltreppen, Lift, Passerelle, vier Fussgängerstreifen und eine Bushaltestelle direkt am Bahnhof, man muss nicht mal die Strasse queren. Also ein sehr hohes Sicherheitsniveau auch für betagte Menschen. Die Perronbreite mag subjektiv zu klein sein, man kann aber links und rechts des Kioskes vorbeigehen und auch bei der Rolltreppe. Das positive am Bahnhof: Er hat ein hohes Angebot an Verbindungen in verschiedene Richtungen und gute Anschlüsse nach Bern. Es gibt längere Züge beim RBS, man kann sitzen, es hat neue Züge bei der BLS gegeben, die Frequenz ist sehr hoch. Es gibt hohe Ansprüche an Mitarbeitende und Material, es gibt wenig nennenswerte Verspätungen, die Leistung ist sehr gut und ich möchte den Mitarbeitenden dafür danken.

Und das Juwel des Bahnhofs Zollikofen ist das BLS-Reisezentrum. Alle die, welche die Tickets nicht am Automaten lösen wollen oder können, sicherlich auch ältere Menschen, wissen dieses Angebot sehr zu schätzen. Dort arbeiten kompetente, engagierte und sehr freundliche Menschen. Das ist keine Selbstverständlichkeit und ich möchte diesen Mitarbeitenden an dieser Stelle ausdrücklich danken. Ich hoffe, dass diese eben nicht wegrationalisiert werden, nur damit wir ein "Windhäuschen" haben und ich hoffe, dass der Gemeinderat ein Auge darauf hält.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich möchte Markus Lötcher ganz herzlich danken für all das, was er jetzt gerade gesagt hat. Er redet aus der Erfahrung eines ÖV-Benutzers, so wie dies hier viele andere auch sind und der all die vorher erwähnten Probleme als nicht so gewaltig einstuft.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat Toni Oesch betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-, Postauto- und Busbenützer" für erheblich erklären und gleichzeitig abschreiben will, hebe jetzt die Hand.

Abstimmung

Das Postulat Toni Oesch" betreffend "Bahnhof Zollikofen: Verbesserung der Situation für Bahn-, Postauto- und Busbenützer"; wird mit 31 Ja- zu 3 Nein-Stimmen erheblich erklärt.

23 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Petra Spichiger und Mitunterzeichnende betreffend "Umsetzung von Postulaten aus dem Jugendparlament JUPA"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Hat er Ergänzungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Die Interpellantin hat das Wort.

Petra Spichiger, SP: Erst einmal herzlichen Dank für die rasche Bearbeitung meiner Interpellation. Ich habe sie an der letzten Sitzung eingereicht und habe jetzt schon eine Antwort, wunderbar. Besonders gefreut hat mich, dass die eingereichten Postulate bis im Juni erheblich oder nicht erheblich erklärt werden sollen. Eigentlich erhoffte ich mir, eine Zusage zu bekommen, dass die Postulate aus dem JUPA bevorzugt behandelt werden und die Umsetzung auch so funktioniert. Hoffen darf man ja, es war ein hehrer Wunsch, ich weiss. Aber ich bin auch mit dieser Antwort zufrieden.

Präsidentin: **Ich stelle fest, dass das Geschäft hiermit erledigt ist.**

24 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"

Auf Grund einer Wanderausstellung, die seit fünf Jahren (April 2009) in zehn Städten in der Schweiz gezeigt worden ist und zurzeit im Freilichtmuseum Ballenberg zu sehen ist ("Enfances volées – Verdingkinder reden"), ist das beschämende Thema der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen und deren Folgen nach und nach öffentlich bekannt geworden. Zur breiten Wahrnehmung hat auch wesentlich der Film von Markus Imboden „Der Verdingbub“ beigetragen. Die problematischen Massnahmen mit ihren vielfach schrecklichen Folgen wurden bis 1981 von kantonalen und kommunalen Behörden angeordnet und durchgeführt.

Zu den Betroffenen zählen etwa Verding- und Heimkinder, administrativ Versorgte, Frauen, die zu Abtreibungen gezwungen wurden, Zwangsadoptierte, Fahrende, usw. Die Betroffenen mussten in der Regel schlimme Erfahrungen durchstehen, unter anderem Gewalt und soziale Ausgrenzung erleben. Sie konnten oft keine Ausbildung absolvieren. Die Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sind langsam für die schweren Schicksale sensibilisiert worden und haben nun zu handeln begonnen.

Nach den offiziellen Entschuldigungen der Bundesrätinnen Eveline Widmer-Schlumpf (2012) und Simonetta Sommaruga (2013) sowie von Vertretern verschiedener Städte, Gemeinden, Kantone, Landeskirchen, Heime und des Bauernverbandes wurde im April 2014 auf Bundesebene ein Soforthilfefonds geschaffen (in Zusammenarbeit mit der Glückskette). Damit sollen rasch die meistens schon betagten Opfer unterstützt werden, die sich heute in einer finanziellen Notlage befinden. Neben den Kantonen sind auch die Gemeinden aufgerufen, das verursachte Leid anzuerkennen und freiwillige Beiträge für den Soforthilfefonds zu leisten.

Der Berner Regierungsrat hat im Februar 2014 einen Beitrag von Fr 620'000.00 aus dem Lotteriefonds zugesagt. Auch die Stadt Bern hat - unter anderem auf Anregung eines SVP-Vorstosses im Stadtparlament - einen freiwilligen Beitrag gesprochen. Auf Bundesebene ist ein Delegierter für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen eingesetzt und ein Runder Tisch mit Betroffenen und Beteiligten gebildet worden. Weiter wurde vor kurzem mit Unterstützung aus praktisch allen Parteien eine eidgenössische Volksinitiative zur Wiedergutmachung lanciert.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist auch die Gemeinde Zollikofen mit der Problematik der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und anderen Fremdplatzierungen konfrontiert? In welchem Ausmass?

2. Sind Anfragen von Opfern gestellt worden und wie sind die Gemeindebehörden damit umgegangen?
 3. Was gedenkt die Gemeinde zu tun, um das begangene Unrecht anzuerkennen und das verursachte Leid von Betroffenen zumindest lindern zu helfen?
 4. Ist auch die Gemeinde Zollikofen bereit, einen freiwilligen Beitrag an den Soforthilfefonds zu leisten, als Geste der Solidarität mit notleidenden Opfern?
-

25 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend "Laufende Mehrbelastungen für die Gemeinde wegen Zusatzaufgaben/Entscheidkompetenz GR"

An der GGR-Sitzung vom 30. April 2014 wird der GGR voraussichtlich zwei Geschäfte (erweiterung Bibliothek und neue Buslinie zum Kappelisacker) beschliessen, die zu laufenden Mehrausgaben von rund Fr. 127'000.00 jährlich führen (ohne Kantonsanteil und ohne einmalige Installierungskosten). In den vergangenen Jahren sind eine grössere Anzahl weiterer Aufgaben, Aufgabenerweiterungen und Massnahmen beschlossen worden, die ebenfalls die laufenden Ausgaben erhöht haben. Es sind dies zum Beispiel Schulsozialarbeit, Erhöhung Beitrag an KARIBU, Holzschneitzelheizung anstelle Ölheizung beim Wärmeverbund, etc.

1. Welche neuen Aufgaben, Aufgabenerweiterungen und weitere Massnahmen, welche die laufenden Kosten erhöht haben, wurden seit 2008 durch den GGR oder den GR beschlossen? Wie hoch waren die jährlichen Mehrkosten pro Beschluss und insgesamt (Tabelle mit Datum, Stichwort, jährlicher Betrag, Entscheidgremium)? Nicht dazu gehören erhöhte Abschreibungen wegen neuen Investitionen.
 2. Welche (laufenden) Ausgabenpositionen bestehen, die der Gemeinderat nur in eigener Kompetenz beschliessen konnte, weil die Ausgabe jeweils nur auf wenige Jahre beschränkt wurde (zum Beispiel Beiträge an KARIBU)? Da jedoch nach Ablauf der Frist der Ausgabenbeschluss durch den GR immer wieder erneuert wurde, ist dadurch faktisch eine laufende Ausgabe geworden, die eigentlich nicht in der Kompetenz des GR liegt. Auch wenn dieses Vorgehen rechtlich nicht ganz falsch ist, widerspricht es jedoch Sinn und Geist der Kompetenzabgrenzung. Wie denkt der Gemeinderat darüber? Ist er bereit diese Geschäfte nach einmaliger Verlängerung in eigener Kompetenz beim zweiten Mal dem GGR vorzulegen? Wenn nein, wie wird dies begründet?
-

26 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Hans Peter Baumann "Wärmeverbund Nord: Holz aus dem Umkreis von 20 km"

Im Bericht und Antrag an den GGR zum Geschäft Wärmeverbund Nord vom 23. Nov. 2011 unter Punkt 8 stand: "Die Versorgung der Holzschneitzelheizung erfolgt grösstenteils aus Holzbeständen im Umkreis von 20 km."

Fragen:

1. Wie hoch war dieser "20 Kilometer-Umkreis-Anteil" in der ersten Heizperiode?

2. Ist der Betreiber (Contractor) verpflichtet, diesen Anteil der Gemeinde regelmässig zu reportieren?

27 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Bruno Mosimann "Schmierereien an der Wärmeverbundzentrale Nord, Kirchlindachstrasse 71 in Zollikofen"

Die Gemeinde Zollikofen ist ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum vor den Toren der Stadt Bern und gleichzeitig eine der steuergünstigsten Gemeinden im Kanton. Zollikofen ist eine zentrale, voll erschlossene und optimal zugängliche Vorzeigegemeinde mit topmoderner Infrastruktur.

Die an der Fassade unserer Wärmeverbundzentrale Nord (Kirchlindachstrasse 71) angebrachten und von mehreren Standorten aus gut einsehbaren Schmierereien erachte ich als absolut unzumutbar sowie als Schandfleck für unsere Gemeinde. Im Bewusstsein, dass sich auch viele Mitbürger an diesem Ärgernis stossen, formuliere ich nachstehende Fragen:

Fragen:

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass diese Sprayereien dem Image der Gemeinde abträglich sind?
2. Gedenkt der Gemeinderat bei der ewb (Betreiberin/Baurechtsnehmerin der Wärmeverbundzentrale Nord) zu intervenieren, damit diese angehalten wird, die dem Ansehen und dem Ortsbild unserer Gemeinde abträglichen Schmierereien umgehend zu entfernen?

Der Ordnung halber füge ich meiner Einfachen Anfrage Fotos der leidigen Situation an der Fassade der Wärmeverbundzentrale Nord an der Kirchlindachstrasse 71 bei.

Präsidentin: Wegen der zusätzlichen Traktanden, die jetzt hier vorliegen, ist die Einladung auf Ihrem Pult nichtig, sie erhalten eine aktualisierte Traktandenliste. Wir sind am Ende der Sitzung, es ist 21.35 Uhr. Die nächste Sitzung ist am 21. Mai, 19.30 Uhr. Wir sehen uns aber vorher noch und zwar am Samstag, 10. Mai zur GGR-Reise. Und bitte melden Sie sich für die Vorpremiere des Musicals der Oberstufe an, wenn Sie können. Danke für Ihr Mitmachen und "e schöne Aabe" und passen Sie auf – heute ist der 30. April – Walpurgisnacht!